

Welche zusätzlichen Maßnahmen plant der Senat, um die Gesundheit Nord bei der aktuellen und bei zukünftigen Tarifsteigerungen zu unterstützen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Schulte-Sasse.

Senator Dr. Schulte-Sasse: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der jüngste Tarifabschluss führt zu einer finanziellen Belastung von circa 2,89 Millionen Euro und entspricht einer Steigerung der Personalkostenquote von 2,98 Prozent, davon 2,6 Prozent für die Tarifsteigerung und 0,38 Prozent für den bewerteten Freizeitausgleich für Bereitschaftsdienst. Die Neuregelung der Urlaubsstaffelung wurde bereits im Jahr 2012 umgesetzt und hat zu einer höheren Urlaubsrückstellung geführt. Im Klinikverbund werden dafür 3,75 Vollkräfte zusätzlich nötig, was einer Steigerung der Personalkosten im ärztlichen Dienst von 0,45 Prozent entspricht. Des Weiteren belastet die Gesundheit Nord der vorherige Tarifabschluss noch zusätzlich mit einer Personalkostensteigerung von 0,65 Prozent durch die Nachwirkungen der Einführung von weiteren Entgeltstufen.

Zu Frage 2: In der Wirtschaftsplanung 2013 wurde das Tarifrisko für den Ärztlichen Dienst kaufmännisch vorsichtig kalkuliert. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass der Tarifabschluss ausreichend berücksichtigt wurde.

Zu Frage 3: Der Senat setzt sich auf Bundesebene im Rahmen der Neugestaltung der Krankenhausfinanzierung mit Nachdruck für eine angemessene Berücksichtigung der Kostensteigerungen bei den Vergütungen der Krankenhäuser ein. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Bahnhofsvorplatz-Bebauung und Anmietung durch die öffentliche Hand**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rupp, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Herr Rupp!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist für das geplante Gebäude, das auf dem Bahnhofsvorplatz errichtet wird, auch eine

Anmietung durch die öffentliche Verwaltung vorgesehen?

Zweitens: Wann ist den Investoren eine solche Option der Anmietung von Gebäudeteilen durch die öffentliche Hand signalisiert worden?

Drittens: In welcher Weise sind von wem Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt worden, um die Wirtschaftlichkeit etwaiger Nutzungen durch die öffentliche Hand zu prüfen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Bereits im Rahmen der Ausschreibung des Bahnhofsvorplatzes war vorgesehen, dass die Bremer Touristik-Zentrale, BTZ, Ersatzflächen für den ehemals vor dem Bahnhof betriebenen Pavillon anmieten kann. Zudem hat die BREPARK einen Mietvertrag über Parkflächen abgeschlossen, um auch am Bahnhofsvorplatz Parkplätze anzubieten. Außerdem sind Bremen im Zuge einer Marktbefragung verschiedene Büroflächen angeboten worden, unter anderem auch in der Immobilie Bahnhofsvorplatz. Ob es zu einer Anmietung an dieser Stelle kommen wird, ist noch nicht entschieden worden.

Zu Frage 3: Für die Anmietungsoption der BTZ sind Vorbedingungen die Lage am Bahnhof sowie das Vorliegen marktgerechter Bedingungen. Die Anmietung durch die BREPARK entspricht ihrem Auftrag zur Parkraumbewirtschaftung, insbesondere in der Innenstadt. Bei der Befassung des Aufsichtsrates lagen Wirtschaftlichkeitsberechnungen vor. Bei der Anmietung von Büroraum für Zwecke der öffentlichen Hand werden generell Wirtschaftlichkeitsberechnungen angestellt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Zwischennutzung des Dedesdorfer Platzes in Walle**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Werner, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Werner!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Bedeutung räumt der Senat der Zwischennutzung des Dedesdorfer Platzes in Walle für die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils ein?

Zweitens: Warum ist der Platz derzeit geschlossen und wird nicht geöffnet?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die freie Nutzung des Platzes kurzfristig wieder zu ermöglichen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Zwischennutzung von brachliegenden oder brachgefallenen Flächen und Räumen wird vom Senat unterstützt und gefördert. Dazu gehört auch die Zwischennutzung des Dedesdorfer Platzes. Die Zwischennutzung hat eine besondere Bedeutung für die Bewohnerinnen und Bewohner, da hier das bürgerschaftliche Engagement und die Verantwortungsübernahme gelebt werden können.

Zu den Fragen 2 und 3: Im Oktober 2011 wurde eine Zwischennutzungsvereinbarung zwischen Immobilien Bremen und dem Verein Waller Mitte e. V. geschlossen, die eine durch den Verein betreute und durch die Dioxinbelastung eingeschränkte Nutzung des Platzes zulässt. Im vergangenen Jahr gab es einen schweren Unfall auf dem Platz, bei dem ein Kind durch ein ungesichertes Spielgerät am Kopf verletzt wurde. Zu dem Zeitpunkt war der Platz nicht, wie vertraglich vereinbart, durch den Verein betreut. Die Eltern des Kindes haben Anzeige erstattet.

Daraufhin wurde der Platz von der Bauordnung geschlossen, da die öffentliche Sicherheit, insbesondere Leben und Gesundheit, gemäß Paragraf 3 Bremische Landesbauordnung gefährdet waren. Derzeit ermittelt die Staatsanwaltschaft. Eine erneute Öffnung kann nur erfolgen, wenn die Verkehrssicherungspflicht durch den Verein sichergestellt wird. Dazu muss gewährleistet sein, dass der Verein die Verkehrssicherungspflicht auch tatsächlich wahrnimmt. Das gilt auch für die Anregung des Beirats und des Vereins, die öffentliche Querung des Platzes zwischen 7.00 Uhr und 22.00 Uhr zu ermöglichen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Werner, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Es geht am Dedesdorfer Platz auch um Wegebeziehungen, zu wenige Grünflächen im Quartier und eine öffentliche Nutzung, die sich auch der Beirat wünscht. Die entscheidende Frage scheint mir zu sein, ob eine Zwischennutzung überhaupt das richtige Format für die Nutzung eines öffentlichen Raums ist. Haben Sie irgendwelche Perspektiven, wie dieser Raum öffentlich zugänglich gemacht werden kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Die Schwierigkeit ist genau die, die Sie ansprechen, nämlich dass der Verein Waller Mitte e. V. und Immobilien Bremen offenbar nicht immer sehr klar miteinander darüber gesprochen haben, um welches Anliegen es sich genau handelt. Man hatte einen Zwischennutzungsvertrag miteinander vereinbart, der grundsätzlich durch drei Dinge gekennzeichnet ist. Erstens werden solche Verträge für einen kurzen Zeitraum geschlossen, zweitens gibt es eine klar definierte Nutzung und auch einen klar definierten Nutzerkreis. Das heißt, es ist kein allgemeines Angebot für die Öffentlichkeit, sondern es kommen dort konkrete Personen zu konkreten Zwecken zusammen. Drittens übernimmt der Nutzer die Verkehrssicherungspflicht.

Erst danach hat sich herausgestellt, dass die Erwartung des Vereins offenbar eine andere war, nämlich dass man den Platz aufgrund der Wegebeziehung, die Sie angesprochen haben, für die Allgemeinheit öffnet. Dafür ist ein solcher Zwischennutzungsvertrag tatsächlich das falsche Instrument. Man muss jetzt aber schauen, wer die Verkehrssicherungspflicht sicherstellen kann angesichts der Randbedingungen, die man dort hat, insbesondere im Hinblick auf die Dioxinbelastung, die auf dem Platz teilweise in größerer Tiefe, teilweise auch relativ oberflächennah vorhanden ist. Es muss jetzt sichergestellt werden, dass dort keine Kinder irgendwelche Erdkrümel in den Mund nehmen oder dergleichen. Dafür waren bislang keine Vorkehrungen getroffen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie sagen, man muss prüfen, und daraus höre ich, dass es irgendeinen Weg in diese Richtung gibt!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Man hat sich gestern im Kreis der Beteiligten - Mitglieder des Vereins, des Beirats des Stadtteils, von Immobilien Bremen und des Baurechtsorts und einem Mitglied der Bre-

mischen Bürgerschaft - noch einmal zusammengesetzt und darauf verständigt, dass man weitere Gespräche miteinander führen will. Wir wollen jetzt versuchen, eine vernünftige Regelung zu finden, mit der man bestimmten Anliegen Rechnung tragen kann. Man wird aber gleichzeitig immer darauf achten müssen, dass sich ähnliche oder andere Unfälle, wie sie passiert sind, nicht wiederholen.

Präsident Weber: Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Vogt! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Herr Senator, ist es zutreffend, dass die Zwischennutzung im Moment auch dadurch beeinträchtigt ist, dass der große Ballfangzaun abgängig ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Die Zwischennutzung ist dadurch beeinträchtigt, dass Immobilien Bremen Ende Februar an den Verein geschrieben hatte, unter welchen Bedingungen man den Platz wieder für die Zwischennutzung öffnen kann, und dass der Verein bisher nicht auf dieses Schreiben reagiert hatte. Deswegen hat gestern das Gespräch stattgefunden, das ich erwähnte.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Sie können aber doch trotzdem sagen, ob es eine der Voraussetzungen ist, dass dieser Ballfangzaun entfernt wird.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Es ist so, wie ich es Ihnen gesagt habe.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Das ist keine Antwort!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Dann frage ich noch einmal detaillierter weiter. Es geht ja im Stadtteil darum, dass sowohl der Verein als auch der Beirat gern den Platz nicht komplett vermarkten, sondern dort auch Freiflächen und Freiflächenutzung haben wollen. Es geht ja darum, welchen Auftrag Immobilien Bremen dort hat. Geht es um die Vermarktung von 7 000 Quadratmetern Bauland, oder geht es tatsächlich auch darum, das Gelände zukünftig auch als Freifläche, zumindest zum Teil, zu erhalten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Es geht darum, den Prozess fortzusetzen, der schon seit ungefähr zwei Jahren dort geführt wird. Es hat ja den nicht ständigen Fachausschuss „Dedesdorfer Platz“ des Beirats Walle gegeben, der auf der Grundlage der Ergebnisse des vorangegangenen runden Tisches „Dedesdorfer Platz“ - entsprechend dem Protokoll der Sitzung vom 17. November 2012 und einem entsprechenden Beiratsbeschluss - Vorstellungen geäußert hat. Der runde Tisch hat jetzt die Weiterentwicklung des Entwurfs von BARarchitekten und dem Atelier le balto aus Berlin empfohlen, das sind diejenigen, die den Auftrag haben, diese Fläche beziehungsweise die Konzepte dafür zu entwickeln. Dies hat der Stadtteilbeirat in seinem Beschluss bekräftigt.

Eine weitere Sitzung des Fachausschusses wird am 18. April 2013 stattfinden, dort wird man versuchen, diese verschiedenen Interessenlagen zu berücksichtigen, die wir in jedem Stadtteil haben. In jedem Wohngebiet, das wir im Moment entwickeln, haben wir den Zielkonflikt zwischen Freiflächenbedürfnissen der Bewohner im Stadtteil und dem erklärten Ziel des Senats und dieser Koalition, Wohnungen durch Entwicklungen im Innenbereich zu bauen. Das ist ein natürlicher Zielkonflikt, und den versuchen wir eben durch diese Beteiligungsprozesse möglichst guten Lösungen zuzuführen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Ist es zutreffend, dass Immobilien Bremen angemeldet hat, dort Container für die Unterbringung von Flüchtlingen aufzustellen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Das ist mir nicht bekannt!

Präsident Weber: Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Strohmann! - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Frau Vogt hat meine Frage vorweggenommen, deswegen frage ich nach: Wieso wissen Sie das nicht? Ich kann es vielleicht erklären. Es ist ja nicht Ihre persönliche Antwort oder die des Ressorts, sondern die Antwort des Senats. Wurde darüber nicht gesprochen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Es ist eine Frage zum Desdorfer Platz gestellt worden, die der Senat schriftlich beantwortet hat, und ich bin nicht über alle Einzelheiten in den Zuständigkeiten anderer Ressorts informiert, das tut mir leid.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Das ist sehr konkret. Es ist ja keine Frage mehr, sondern sehr konkret. Die Beiräte sind damit schon befasst worden, dass dort ein Flüchtlingsheim gebaut werden soll. Jetzt frage ich: Wie konterkariert dies gegebenenfalls die Planung der Entwicklung mit dem Verein, wenn dort ein mobiles Flüchtlingsheim gebaut werden soll?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich schaue einmal hilfesu- chend in Richtung des Staatsrats des Sozialres- sorts, ob er vielleicht etwas dazu sagen kann, ansonsten müsste man das vielleicht für die nächste Sitzung der Stadtbürgerschaft als Frage formulieren.

Präsident Weber: Die Frage kann jetzt vom Se- nator nicht beantwortet werden. Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Strohmann (CDU): Ich finde es schade, dass der Senat sprachlos und unwissend ist, aber das kennen wir nicht anders! - Senator Dr. Lohse: Der Senator ist sprachlos, nicht der Senat!)

Herr Senator, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Prä- ventionszentrum der Polizei Bremen**“. Die An- frage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Hinners, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Wir fragen den Senat:

Inwiefern stehen in dem für das Präventionszent- rum der Polizei Bremen angemieteten Gebäude noch ungenutzte Büroräume zur Verfügung, und wie sollen diese genutzt werden?

Wie bewertet der Senat, dass der Eigentümer des Gebäudes mit der Bewährungshilfe, der Füh- rungsaufsicht, dem Verein Hoppenbank e. V. und

dem Täter-Opfer-Ausgleich Gespräche über das Anmieten von Räumen in dem Gebäude führt?

Wie bewertet es der Senat, wenn Personen, die Angst haben, Opfer einer Straftat zu werden, und sich kriminalpolizeilich beraten lassen wollen, in dem Gebäude des Präventionszentrums verurteil- ten Straftätern begegnen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwor- tet von Herrn Staatsrat Professor Stauch.

Staatsrat Professor Stauch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beant- worte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Derzeit steht noch nicht fest, wie die noch ungenutzten Büroräume in dem für das Prä- ventionszentrum der Polizei Bremen angemieteten Gebäude genutzt werden sollen. Das Gebäu- de steht in privatem Eigentum. Es werden Ver- handlungen über die Anmietung von Räumen durch die Freie Hansestadt Bremen, vertreten durch den Senator für Justiz und Verfassung, geführt. Es ist beabsichtigt, dort die Sozialen Dienste der Justiz mit den Aufgaben Bewäh- rungshilfe, Gerichtshilfe und Führungsaufsicht unterzubringen. Zudem sollen drei Büros für den Verein Hoppenbank e. V. und zwei Büros für den Verein Täter-Opfer-Ausgleich Bremen e. V. einge- richtet werden.

Zu Frage 2: Mit der Anmietung von Räumen an diesem Standort in Nachbarschaft zum Justizzent- rum Am Wall wird ein weiterer Schritt zur Bündelung der Einrichtungen der Justiz getan, der es ermöglicht, die Erfüllung von Aufgaben bezie- hungsweise das Erbringen von Dienstleistungen örtlich zu konzentrieren und noch effektiver zu gestalten. Derzeit befinden sich die Sozialen Dienste der Justiz und die Büros der beiden Vereine in einem Gebäude in der Sögestraße. Der dort auslaufende Mietvertrag kann schon wegen der fehlenden barrierefreien Erschließungsmög- lichkeiten nicht verlängert werden.

Zu Frage 3: Um zu verhindern, dass es zu einer ungewollten Begegnung der benannten Perso- nengruppen in und vor dem Gebäude kommt, werden für die Räumlichkeiten des Präventions- zentrums der Polizei und für die Räumlichkeiten, über deren Anmietung durch den Senator für Jus- tiz und Verfassung derzeit verhandelt wird, zwei voneinander getrennte Eingänge geschaffen. Es ist daher nicht zu befürchten, dass sich verurteilte Straftäter und Personen, die sich kriminalpolizei- lich präventiv beraten lassen wollen, in und unmit- telbar vor dem Gebäude begegnen. - Soweit die Antwort des Senats!